

BERNER

FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Augmented Reality

So wird Ihr «Freisinn» lebendig!
Anleitung auf Seite 23



Coup de tonnerre

John Buchs sur l'entrée de Swiss Medical Network dans le capital de l'Hôpital du Jura bernois.

Page 4

Frauenwahljahr 2019

Barbara Freiburghaus über die Wahlen und was nun zu tun ist.

Seite 5

Eine Familie

Alexander Martinoli über die gute Zusammenarbeit zwischen Jungfreisinn und FDP.

Seite 6

«Ich will Aufbruch»

Petra Gössi ist nach vier Jahren an der Spitze der FDP noch nicht müde. Im grossen Interview spricht sie über ihre Pläne mit der FDP und die Sorgen der Menschen.

Seiten 8 und 9

Ja zur Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm

Am 9. Februar stimmen wir über die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm ab. Diese sieht vor, dass Menschen vor Diskriminierung geschützt werden. Bis jetzt ist die sexuelle Orientierung hier nicht mit eingeschlossen. Diese überfällige Gesetzeslücke soll geschlossen werden.

Seite 15

Nein zur Mietverbandsinitiative

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» sieht eine starre 10-Prozent-Quote von gemeinnützigen Wohnungen vor. Das würde viel kosten, löst aber die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht, so Marcel Dobler.

Seite 16



Illegale Landnahmen verhindern

Ja zum Transitplatz Wileroltigen

Am 9. Februar stimmen wir im Kanton Bern über den Kredit von 3,3 Millionen Franken für den Transitplatz in Wileroltigen ab. Der Grosse Rat hat dem Kredit mit 113 zu 32 zugestimmt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen, deshalb kommt es zur Volksabstimmung.

Jeden Sommer kommen Fahrende in unsere Städte und Gemeinden und belagern Plätze und private Grundstücke. Das muss aufhören. Die beste Lösung ist die Bereitstellung eines kantonalen Transitplatzes. Nach langer und intensiver Suche konnte bei der Autobahn A1 in Wileroltigen ein optimales Gelände gefunden werden.

Wieso braucht es überhaupt Plätze für Fahrende?

Die Fahrenden gelten in der Schweiz als nationale Minderheit, und der Staat ist verpflichtet, der fahrenden Lebensweise und Kultur Rechnung zu tragen. Die Schweiz hat 1998 ein Rahmenüberein-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–6 Berner Freisinn
- 7 Standpunkte:
Ökologie gehört zum Freisinn
- 8/9 Grosses Interview
mit Petra Gössi
- 10 Renteninitiative
der Jungfreisinnigen
- 11 Regine Sauter
zur Renteninitiative
- 12 2. Säule: Vorschläge
des Gewerbeverbandes
- 13 2. Säule: Vorschläge
des Arbeitgeberverbandes
- 14 Sessionsrückblick
von Beat Walti
- 15 Abstimmungen: Erweiterung
der Anti-Rassismus-Strafnorm
- 16 Abstimmungen:
Mieterverbandsinitiative
- 17 Mentoring: Amélie Evard
zur Mieterverbandsinitiative
- 18/19 Delegiertenversammlung
in Schwyz
- 20–22 Die Neugewählten
stellen sich vor
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonaltteil:
Redaktion Berner Freisinn
Neuengasse 20 | 3011 Bern
T: 031 320 36 36 | F: 031 320 36 30
E: info@fdp-be.ch | www.fdp-be.ch



Liebe Freisinnige

Hoffentlich sind auch Sie gut im Jahr 2020 angekommen. Nach dem anstrengenden Wahljahr haben einige Tage Erholung gutgetan, und bereits ist die FDP wieder mit aller Kraft daran, die Weichen für die Zukunft der Schweiz zu stellen. Das tun auch Karin Keller-Suter und Ignazio Cassis, die am 11. Dezember 2019 im Amt bestätigt wurden. Ich bin erfreut, dass das Parlament die Stellung der FDP sowie die klaren Leistungsausweise unserer beiden Bundesräte anerkennt.

Schwerpunkt Altersvorsorge

Ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz sind unsere Sozialwerke. Doch wie sollen wir diese in Zukunft finanzieren? Wie sichern wir den zukünftigen Generationen in unserem Land die Rente? In der neuen Legislatur wird das die grosse Frage sein. Deshalb widmen wir unseren Schwerpunkt im ersten «Freisinn» des Jahres 2020 diesen Fragen. So diskutieren wir die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, welche eine Gegenidee zu den immer teureren Ideen der Linken in die Diskussion einbringt.

Nein zur Mieterverbandsinitiative

Von überlegten und teuren Ideen ist aber nicht nur bei der Altersvorsorge abzuraten. Am 9. Februar 2020 stimmen wir u. a. über die Mieterverbandsinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Diese will allen Kantonen ein zentralistisches Korsett auf-

zwingen und die regional eigenständigen Lösungen über den Haufen werfen. Diese sozialistische Vorlage gilt es jetzt mit aller Kraft zu bekämpfen, denn die massiven wie unnötigen Markteingriffe würden zu staatlichen Geistersiedlungen führen.

Aufbruch!

Natürlich beschäftigen uns auch die Wahlen 2019 noch. An dieser Stelle möchte ich allen Freisinnigen danken, die über Wochen und Monate hinweg viel gearbeitet haben – sei es als Kandidaten, sei es als Wahlhelfer. Mit Maja Riniker, Johanna Gapany und Matthias Michel stellen sich die letzten unserer zehn neuen Fraktionsmitglieder vor. Leider können wir mit dem Wahlergebnis insgesamt nicht zufrieden sein. Wir werden die Lehren daraus ziehen – mehr dazu lesen Sie im Interview. Klar ist: Die FDP hat den Auftrag, die Schweiz in die Zukunft zu führen. Den nehmen wir an.

Brechen wir gemeinsam als Partei in eine neue Zukunft auf. Kämpfen wir für eine liberale Schweiz der Zukunft!

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

kommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert und hat diese damit anerkannt. Im Jahr 2003 hat das Bundesgericht darum festgehalten, dass sowohl für Schweizer als auch für ausländische Fahrende Halteplätze vorhanden sein müssen. Deshalb muss sich der Kanton Bern mit der Halteplatzfrage für Fahrende auseinandersetzen.

Der Bedarf für einen Transitplatz im Kanton Bern ist vorhanden – wer es nicht glaubt, darf gerne im Sommer zu uns ins Seeland kommen und schauen, was passiert, wenn es keine Halteplätze gibt und sich die Fahrenden unerlaubt auf Plätzen niederlassen. Sie erinnern sich sicher auch noch an die Szenen auf dem BEA-Gelände im Jahr 2014 oder auf dem Expo-Areal bei uns in Nidau. Als Stadtpräsidentin von Nidau habe ich hautnah erlebt, was es heisst, wenn keine offiziellen Plätze für Fahrende vorhanden sind und Fahrende ihr Recht einfordern.

Bund und Kantone sind in der Pflicht

Seither fordere ich vehement, dass Bund und Kanton Verantwortung wahrnehmen und Plätze schaffen. Da es sich um Bedürfnisse einer anerkannten Minderheit handelt, ist das aus meiner Sicht eine klassische übergeordnete Aufgabe von Bund und Kanton. Es kann nicht Gemeinden und Privaten überlassen werden, diese Verantwortung zu übernehmen und selbständig Lösungen zu finden.

Für die Schweizer Fahrenden hat sich die Situation seit 2014 leicht verbessert. Der Kanton Bern

stellt in Zusammenarbeit mit den Standortgemeinden seit mehreren Jahren während der Sommermonate provisorische Durchgangsplätze zur Verfügung. Dies, bis die definitiven Plätze in den Gemeinden Erlach, Muri, Herzogenbuchsee realisiert sind.

Für ausländische Fahrende hat es in den letzten zwei Jahren in Brügg bei Biel einen provisorischen Platz gegeben. Nun braucht es eine definitive Lösung. Die gibt es in Wileroltigen – und die braucht es! Denn die Fahrenden sind nun mal in der Schweiz unterwegs und stellen ihre Fahrzeuge ab. Wenn es keine Plätze gibt, so kommt es zu illegalen Landnahmen. Das führt zu grossen Konflikten und bringt Landbesitzer und Gemeinden Jahr für Jahr in schwierige Situationen.

Mit einem Transitplatz kann man die Halte von ausländischen Fahrenden einigermaßen steuern und den Aufenthalt kontrollieren. Und nur wenn es einen offiziellen Platz gibt, kann man ausländische Fahrende von illegal besetzten oder von ungeeigneten Arealen wegweisen. Aus Erfahrung weiss ich nur zu gut, dass die Polizei bei einer Räumung keine Handhabe hat, wenn sie die Wagengespanne nicht an einen legalen Ort bringen kann. Mit einem Transitplatz ist es möglich, einen geordneten Betrieb zu führen. Es gibt klare Regeln, es kommt zu weniger illegalen Landnahmen, und es gibt weniger Kosten für Polizei, Gemeinden und Grundeigentümer. Dass das Konzept funktioniert, hat sich in Brügg bei Biel gezeigt. Die Gemeinde hat 2018 und 2019, befristet auf zwei Jahre, einen Platz für ausländische Fahrende zur Verfügung gestellt. Die



Sandra Hess

Situation in der Region verbesserte sich daraufhin massiv. Es kam im Seeland kaum noch zu illegalen Landnahmen durch ausländische Fahrende.

Probleme lösen statt wälzen

Wenn es einen Platz gibt, welcher alle Eignungskriterien erfüllt, dann ist es der Platz in Wileroltigen! Wenn man jetzt Nein sagt, ist es ein bewusster Entscheid, das Problem nicht zu lösen; es nicht lösen zu wollen. Man überlässt es weiterhin Jahr für Jahr Gewerbebetrieben, Landwirten, Privaten und Gemeinden, dieser Sache «z' Bode» zu kommen. Das will ich nicht. Ich bin ganz klar dafür, dass wir dem langjährigen Problem der illegalen Landnahmen JETZT etwas entgegensetzen und empfehle Ihnen, dem Kredit von 3,3 Millionen Franken für den Transitplatz zuzustimmen!

Sandra Hess, Grossrätin, Stadtpräsidentin Nidau

Der Platz bei Wileroltigen ist ideal

Mit dem Platz in Wileroltigen wurde ein Standort gefunden, der die nötige Lage und Grösse hat. Das Terrain liegt auf einer Transitachse, abseits vom Dorf Wileroltigen. Zu- und Wegfahrt sind nur über die Autobahn (via Raststätte) möglich. Das Dorf Wileroltigen wird nicht tangiert. Die Gemeinde wird auch im Betrieb keine Verantwortung oder Aufgaben haben. Das Land gehört dem Bund und wird dem Kanton kostenlos im Baurecht zur Verfügung gestellt. Die notwendige Infrastruktur ist vorhanden und wird zweckmässig und in vernünftigem Rahmen erweitert. Auf dem Standplatz sollen Platz für 36 Fahrzeuge entstehen, das ergibt je nach Familiengrössen zwischen 100 und 180 Personen. Es sind keine Luxusausstattungen vorgesehen, sondern nur Installationen, die für einen funktionierenden Betrieb notwendig sind. So sollen sanitäre Anlagen und – das ist für mich auch sehr wichtig – versiegelte Arbeitsflächen, wo Fahrende Arbeiten ausführen können, erstellt werden. Somit ist gewährleistet, dass Farben, Laugen, Öle usw. nicht ungefiltert im Boden versickern und die Umwelt belasten.

Die Fahrenden müssen Platzmiete und Gebühren für Strom, Wasser und Abfall bezahlen. Trotzdem wird es wohl zu ungedeckten Kosten kommen. Schätzungen gehen von 20 000 bis 60 000 Franken pro Jahr aus. Das Geld wird aus dem Kulturförderungsfonds und nicht aus dem Steuerhaushalt entnommen. Aus Erfahrung mit bestehenden Plätzen für ausländische Fahrende in Bulle weiss man, dass das Regime mit einem guten Platzwart funktioniert. Das Regierungsstatthalteramt übernimmt die Organisation des Betriebs und arbeitet auch mit den Organisationen der Fahrenden zusammen. Für die Gemeinde Wileroltigen entstehen keine Kosten.

Die Gegner verweisen immer wieder auf die ablehnende Haltung der Gemeinde Wileroltigen, dies sei undemokratisch. Dem ist zu entgegen: Der Gesetzgeber hat bewusst das Planungsinstrument der «Kantonalen Überbauungsordnung» geschaffen, um kantonale oder gefährdete regionale Interessen zu schützen. Im Baugesetz Art. 102 ist explizit die Schaffung von Halteplätzen für Fahrende festgehalten. Gegen das Baugesetz hat niemand opponiert.



Peter Flück

Der Widerstand in der Gemeinde Wileroltigen gründet sicher auch auf den negativen Erfahrungen mit irregulären Landnahmen. Der geplante Transitplatz setzt aber genau an diesem Punkt an und schafft eine geordnete und kontrollierte Situation. Aufgrund der Lage des Platzes weit ab vom Dorf, der ausschliesslichen Erreichbarkeit über die Autobahn und der Tatsache, dass der Kanton den Platz baut und bewirtschaftet, ist die Gemeinde Wileroltigen, wenn überhaupt, nur sehr am Rande vom Transplatz betroffen.

Peter Flück, Grossrat, Interlaken



Coup de tonnerre dans le paysage hospitalier

Swiss Medical Network

Un coup de tonnerre peut parfois être dévastateur, un autre au contraire apporter de la fraîcheur, de l'oxygène, des projets. L'entrée de Swiss Medical Network (SMN) à hauteur de 35 pour cent dans le capital de l'Hôpital du Jura Bernois (HJB) est un ballon d'oxygène financier bienvenu pour l'institution et ses deux sites de Moutier et Saint-Imier.

Volksabstimmungen vom 9. Februar 2020

Die kantonalen Delegierten haben folgende Parolen beschlossen:

- **Ja-Parole zum Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg** mit 101 Ja, 4 Nein und 1 Enthaltung
- **Ja-Parole zum Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen** mit 93 Ja, 3 Nein und 8 Enthaltungen. www-transitplatz-ja.ch
- **Nein-Parole zur eidgenössischen Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»** mit 101 Nein, 1 Ja und 2 Enthaltungen. www.mieterverbands-initiative-nein.ch
- **Ja-Parole zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)** mit 87 Ja, 11 Nein und 8 Enthaltungen. www.jazumschutz.ch

Mehr Infos: Vote-Info-App – www.ch.ch – www.be.ch/abstimmungen

Ce partenariat public-privé, le premier dans un hôpital public du canton de Berne, permettra de garantir une offre globale de soins aigus somatiques et psychiatriques pour les francophones bernois. Quant à la cerise sur le gâteau, le nouveau partenaire investira plus de 25 millions ces trois prochaines années dans l'Hôpital du Jura bernois.

Ces deux dernières années l'HJB a plongé dans les chiffres rouges pour de nombreuses raisons, auxquelles il faut ajouter les turbulences liées au vote sur l'appartenance cantonale de Moutier... des intrigues savamment construites par les milieux autonomistes et qui perdurent à l'annonce d'un nouveau vote.

SMN investira plus de 25 millions au cours des trois prochaines années pour développer les deux sites Moutier et Saint-Imier. Ce ballon d'oxygène financier est le bienvenu et devrait permettre de garantir la pérennité de l'HJB.

Le maintien d'urgences 24 h sur 24, aussi bien à Moutier qu'à Saint-Imier est ainsi garanti et répond à un besoin pour la région élargie. Les urgences de l'hôpital de Saignelégier (JU) ont été fermées définitivement le 6 janvier 2020. La population des Franches-Montagnes pourra bénéficier des urgences et des soins du site de Saint-Imier.

Le groupe SMN n'est pas inconnu à l'HJB. Il est déjà partenaire de l'institution dans le domaine de la radiologie, et ceci à satisfaction des deux parties.

Naturellement les bougons, grincheux et ronchonneurs verront dans l'arrivée du capital privé de SMN un «gros» danger pour l'avenir de l'HJB. Quant aux dogmatiques de la gauche fraternelle et généreuse pour eux c'est «la fin des haricots» d'injecter de l'argent privé dans l'HJB. On connaît la rhétorique du discours...

Il est également utile de rappeler que l'HJB constitue indéniablement un élément central de l'économie régionale, non seulement en tant que vecteur de revenus financiers, mais également en tant que contribution à l'équilibre infrastructurel et social de la région élargie qu'il couvre.

L'hypothèse de l'affaiblissement, voire de la disparition de l'HJB constituerait pour tout le Jura bernois un appauvrissement économique, social, fiscal, financier et éducatif extrêmement dommageable.

Le parti libéral-radical du Jura bernois approuve sans réserve la décision du Gouvernement bernois. Cette dernière permet de maintenir la qualité de vie et la sécurité de la population de manière pérenne.

John Buchs

Ancien maire Saint-Imier

Ancien président du Conseil d'administration de l'HJB du 1^{er} janvier 2000 au 30 juin 2012



Frauenwahljahr 2019 – was ist nun zu tun?

FDP Frauen Kanton Bern

Das Jahr 2019 war aus der Sicht der Frauen ein erfolgreiches und besonderes Jahr. Noch nie wurden so viele Frauen ins eidgenössische Parlament gewählt (neu über 42 Prozent im Nationalrat). Auch bei der bernischen FDP waren die Frauen erfolgreich. Resultat der Wahlen: sieben Frauen auf den ersten dreizehn Plätzen; Christa Markwalder ist die am besten wiedergewählte Nationalrätin; Sandra Hess auf dem ersten Ersatzplatz. Weiter haben auch junge FDP-Frauen auf der kantonalen Liste sehr gute Resultate erzielt.

Ein Jahr vor dem – für die Schweiz eher peinlichen Jubiläum – «50 Jahre Frauenstimmrecht» gibt es aber immer noch viel zu tun. Die gelebte Chancengleichheit ist leider trotz all diesen Erfolgen immer noch nicht Realität. Noch immer ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Eltern eine grosse Herausforderung, noch immer sind wenige Frauen in den Chefetagen, noch immer werden Buben in der Karriereplanung anders behandelt als Mädchen. Damit sich das ändert, muss aus dem angeblichen Frauenthema «Gleichberechtigung» endlich ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Anliegen werden, das alle, ob Mann oder Frau, etwas angeht. Nur gemeinsam mit den Männern kommen wir ans Ziel.

Wir brauchen im Jahr 2020 ein klares Bekenntnis der Männer zu einer Gesellschaft, in welcher

Frauen und Männer auf Augenhöhe miteinander leben und arbeiten. Nur allzu oft hört man, dass die Aufgabenteilung nun halt einfacher ist, wenn die Frauen die Verantwortung in der Familie übernehmen und die Männer die finanzielle. Das mag für einige Familien stimmen, ist auch legitim, aber sicher nicht mehr für die Mehrheit der heutigen jungen Familien. Eine Familienplanung ist keine rein romantische Angelegenheit, sondern soll wohlüberlegt werden. Das Gleiche gilt im Arbeitsleben. Wir brauchen Männer, die mithelfen, eine Arbeitswelt zu schaffen, in der eine Karriere auch mit einem Pensum von 80 Prozent möglich ist.

Hier ist auch die Wirtschaft gefragt. Gemischte Teams auf allen Ebenen sind ein Mehrwert. Heute ist in vielen Universitäten der Anteil der studierenden Frauen bereits höher als derjenige der Männer. Der Wirtschaftsstandort Schweiz kann es sich nicht länger erlauben, das brachliegende Potenzial an oft sehr gut ausgebildeten Frauen nicht zu nutzen. Hierzu gehört auch eine genügende Tagesbetreuungsstruktur für Kinder und die Mitverantwortung der Männer.

Nicht zu vergessen ist der überproportionale Anteil der Frauen an ehrenamtlichen Tätigkeiten. Auch hier ist ein Umdenken der Männer gefragt, damit diese eine aktivere Rolle übernehmen. In diesem Sinne wird sich der Vorstand der FDP.Die

Liberalen Frauen Kanton Bern auch im Jahr 2020 für die Belange der Frauen, was mithin der gesamten Bevölkerung dient, einsetzen, dies im Einklang mit den liberalen und freiheitlichen Vorstellungen der FDP.

Barbara Freiburghaus, Präsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Bern

Save the date

Montag, 27. April 2020: 18 Uhr

Besuch der Gosteli-Stiftung in Worblaufen

Ein Jahr vor dem Jubiläum «50 Jahre Frauenstimmrecht» organisieren wir eine Führung in der Gosteli-Stiftung in Worblaufen; Details folgen.

Samstag, 16. Mai 2020: 8 bis 12 Uhr

Tagung im Bundeshaus mit dem Thema: «Balanceakt Familie – Beruf – Politik – Kunststück oder Wunsch?»

Am 16. Mai 2020 organisieren wir eine halbtägige Tagung zum obgenannten Thema. Provisorisch konnten wir das Fraktionszimmer der FDP im Bundeshaus dafür reservieren.

Vorstand FDP.Die Liberalen Frauen
Kanton Bern

Zwei Parteien, eine Familie

Jungfreisinnige Kanton Bern

Die Jungfreisinnigen und die FDP sind eine Familie. Getreu nach dem Motto «Gemeinsam weiterkommen» bleiben die Freisinnigen als Team zwischen Jung und Alt weiterhin erfolgreich.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Bereits als die letztjährigen Nationalratswahlen vorbei waren, begann die Planung für die anstehenden kommunalen Wahlen. Die Jungfreisinnigen Kanton Bern konnten bei den letztjährigen Nationalratswahlen erneut mit Laura Bircher und Simone Richner zwei Vertreterinnen auf der FDP-Liste platzieren, welche ein grandioses Resultat erzielten. Dabei konnten die beiden Kandidatinnen auf die Unterstützung durch die FDP und die Jungfreisinnigen zählen. Die Zusammenarbeit als Team zeigt, dass politische Erfolge greifbar werden.

Die Förderung des politischen Nachwuchses zahlt sich für beide Parteien aus und muss auch weiterhin intensiviert werden.

Die Übernahme des Mitgliederbeitrags durch die kantonale FDP im Falle einer JF-FDP-Doppelmitgliedschaft bis zum 28. Lebensjahr ist ein klares Zeichen für das Hand-in-Hand-Arbeiten unserer

beiden Parteien. Ich bin überzeugt, dass dadurch mehr Jungfreisinnige ihr Engagement auch in ihrer FDP-Sektion einbringen werden. Somit können wir innerhalb unserer Partei einen Generationendialog fördern und gegenseitig voneinander lernen.

Ab September bietet sich den Jungfreisinnigen die Möglichkeit, bei den anstehenden Wahlen in diversen Gemeinden politische Mandate zu erringen. Dieser Zugewinn an politischen Mandaten erhöht die Visibilität des JFs, den politischen Einfluss und unsere Bekanntheit. Diese Faktoren lassen den JF auch gegenüber der politischen Konkurrenz nach wie vor als attraktiv erscheinen, was langfristig unsere Mitgliederbestände und unsere Bekanntheit erhöht sowie den Zugewinn neuer Mandate ermöglicht. Mit der Unterstützung der lokalen und kantonalen FDP können wir somit den politischen Nachwuchs ausbilden und diesen für weitere Ämter befähigen.



Alexander Martinolli

Was unsere Mitglieder an politischer Unerfahrenheit aufweisen, kompensieren sie mit enormer Motivation und Enthusiasmus. Wenn Sie sich, liebe Leserin, lieber Leser, in der Situation befinden, politische Erfahrung zu haben, die Sie gerne mit jungfreisinnigen Kandidaten teilen wollen, dann melden Sie sich bitte unter: alex.martinolli@gmail.com.

Mein Name ist Alexander Martinolli, und ich bin stolz darauf, diesen motivierten und engagierten Jungpolitikern seit dem 25. Oktober 2019 als Präsident des JFBE dienen zu dürfen.

Alexander Martinolli, Präsident JFBE

Alexander Martinolli

Der 24-jährige Alexander Martinolli ist in Bozen (Südtirol) aufgewachsen und seit mittlerweile 17 Jahren in der Schweiz. Zurzeit studiert er an der Juristischen Fakultät der Universität Bern und wird voraussichtlich im Februar 2020 sein Studium beenden.

Alexander Martinolli wurde am 25. Oktober 2019 als Nachfolger von Simone Richner zum Präsidenten der Jungfreisinnigen Kanton Bern gewählt. Seit August 2018 war er unter Richner bereits Vizepräsident der Partei.

Im Alter von 22 Jahren wurde er zudem als Gemeinderat von Kriechenwil gewählt. Nebst dem Jungfreisinn engagiert er sich auch im Vorstand der FDP Kreispartei Mittelland-Nord.

In seiner Freizeit geht er gerne ins Kino, zaubert leckere Gerichte in der Küche und geniesst die Ruhe auf einem Spaziergang durch den Wald.





Standpunkte

Leserinnen und Leser schreiben, was sie bewegt.

Ökologie gehört zum Freisinn

Inhalt und Tragweite des Liberalismus gründen in Würde, Freiheit und Lebenschancen aller Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen und sozialen Status. Der politische Liberalismus in der Schweiz, wie er von der FDP seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vertreten wurde, war immer ein republikanischer Liberalismus, der sich durch ein konstruktiv-kritisches Verhältnis zum «eigenen» Verfassungsstaat auszeichnete. Dieser Liberalismus wendet sich nicht gegen jede Staatlichkeit an sich, sondern gegen jedes Übermass an Staatsverantwortung. Freiheitschancen sind mit und gegen den Staat zu gewährleisten.

Liberalismus auch für die Nachwelt

Wir wissen, dass Freiheitsausübung in aller Regel auf Freiheitsbedürfnisse von Mitmenschen trifft, die mit gleichem «Recht» auf Schutz und Entfaltung pochen. Und sie trifft auf Freiheitsbedürfnisse von kommenden Generationen, denn die Natur steht allen Generationen gleichermassen zu. Der Liberalismus muss auch auf die Nachwelt bezogen werden. Liberale Politik erweist sich deshalb in aller

Regel als Wert- und Interessenabwägung zwischen verschiedenen aktuellen und künftigen Freiheitsanliegen, worauf ich immer wieder, zuletzt in meiner Biografie «Alles mit Mass. Gedanken und Geschichten aus dem Leben eines Grenzgängers» (2019), hingewiesen habe.

Ökologisches Erbe der FDP

Die ökologische Sicht auf Freiheits- und Lebensbedürfnisse nachfolgender Generationen war in der FDP der Nachkriegszeit stets präsent, freilich mit unterschiedlichem Gewicht. Nach meiner Erfahrung war sie in der Partei stets stärker vertreten als in der Fraktion der Bundesversammlung. An dieser Stelle können die einzelnen Etappen der Entwicklung nicht näher beleuchtet werden, Stichworte müssen genügen: Bereits 1973 findet sich im grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms der FDP unter dem Titel «Liberalismus heute» der visionäre Satz: «Die heutigen und die künftigen Generationen haben Anspruch auf ausreichende natürliche Lebensgrundlagen. Ihrer Sicherstellung ist jede menschliche Tätigkeit unterzuordnen; der Staat legt die nötigen Prioritäten

Schreiben auch Sie uns Ihre Meinung!

Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.

fest.» Das Bekenntnis zu einer liberalen Umweltpolitik wurde in späteren Thesen und Postulaten erneuert und ausgebaut, etwa in einem Manifest zum Umweltschutz 1986. Schon vorher entstanden in gewissen Kantonalparteien Reformgruppen, die sich vehement für einen wirksamen Umweltschutz einsetzten, etwa in Baselland, Solothurn und St. Gallen. Mein Wahlkampf 1987 in den Ständerat stand unter dem Motto «Ökoliberalismus».

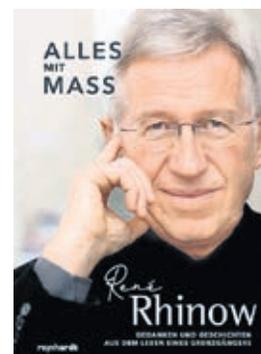
Nicht Kehrtwende, sondern Rückbesinnung

Einen grossen Schritt in die ökologische Zukunft machte die FDP 1991 mit ihrem Manifest «Freiheit heute und morgen – Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt» in Vevey, das auch heute noch jedem Freisinnigen zur Lektüre empfohlen werden kann. «Freiheit ... erfordert Rücksichtnahme auf Würde und Freiheit der Mitmenschen von heute und morgen. Sie muss mit der Fortdauer menschenwürdigen Lebens auf Erden verträglich sein.» Ab 1991 wurden marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben im Umwelt- und Energiebereich in die Parteiprogramme aufgenommen, allerdings unter der Bedingung, dass diese keinerlei fiskalische Nebenzwecke verfolgen. In der Fraktion der Bundesversammlung setzten sich in den 1990er-Jahren viele Freisinnige für Natur- und Umweltschutzanliegen ein. Der aktuelle Positionsbezug der FDP Schweiz stellt somit keine Kehrtwende dar, sondern eine Rückbesinnung auf bereits früher vertretene Werte.

René Rhinow

Ständerat 1987–1999, Ständeratspräsident 1999

Dies ist die Kurzfassung eines Artikels in der NZZ vom 30. Dezember 2019.



Die Biografie «Alles mit Mass» von René Rhinow, erschienen im Friedrich Reinhardt Verlag.

«Der aktuelle Positionsbezug der FDP Schweiz stellt keine Kehrtwende dar, sondern eine Rückbesinnung auf bereits früher vertretene Werte.»



«Ich will Aufbruch»

Grosses Interview mit Petra Gössi

Petra Gössi ist auch nach vier Jahren an der Spitze der FDP noch hungrig. Im grossen Interview spricht sie über den Umgang mit Stress, ihre Pläne mit der FDP und die Sorgen der Menschen.

Petra Gössi, Parteipräsidentin zu sein, ist ein Verschleissjob. Sie wirken gar nicht müde. Dabei waren die letzten vier Jahre alles andere als ruhig. Stimmt, langweilig wurde es mir nie (lacht). Dass wir etwa bei den Volksabstimmungen so oft gewonnen haben, war auch das Ergebnis viel harter Arbeit. Hinzu kamen zwei Bundesratswahlen und diverse Grosseprojekte. Aber die Arbeit macht mir viel Freude.

Sie werden im April erneut als Parteipräsidentin antreten. Was motiviert Sie dazu? Ich spüre noch immer ein Feuer, die Zukunft dieser Partei zu gestalten. Wenn das nicht mehr vorhanden wäre, wäre ich nicht mehr angetreten. Ich bin aber auch überzeugt, dass wir als FDP, als liberale Kraft, in den kommenden Jahren gemeinsam noch viel erreichen können. Die Wahlen mögen kurzfristig ein Dämpfer gewesen sein. Aber ich bin überzeugt: Die FDP ist auf gutem Weg.

Sie haben es angetönt: Vor den Wahlen war die FDP lange auf dem Erfolgspfad, musste aber in den Wahlen 2019 teilweise schmerzliche Verluste hinnehmen. Was hat die Partei falsch gemacht? Ja, die Verluste schmerzen. Wir sind im Moment daran, die Ergebnisse der Wahlen im Detail bis April aufzuarbeiten und den zuständigen Gremien zu präsentieren. Einiges kann ich jetzt schon festhalten: Die mediale Debatte ging komplett neben den Prioritäten der Bevölkerung vorbei und hat zu einem monothematischen Wahlkampf geführt. Dies hat uns geschadet. Dann konnten wir aber auch nicht überall gleich gut mobilisieren. In einigen Kantonen gelang es, ein liberales Feuer zu entfachen – etwa in Fribourg, wo es Johanna Gapany in den Ständerat schaffte. Es gab aber leider auch zu viele negative Beispiele. Und wenn schlecht mobilisiert wird, kann man nicht gewinnen. Das zeigt einmal mehr: Wir müssen auf die Strasse, zu den Men-

schen und mit ihnen sprechen. Wir müssen wieder kämpferischer werden.

Wahlanalysen zeigen, dass die Rückbesinnung auf eine liberale Umweltpolitik richtig gewesen ist. Hätte es das vielleicht früher gebraucht? Dass es Handlungsbedarf in diesem Themenbereich gibt, war schon länger klar. Idealerweise hätte man den Beschluss, die Basis mit einer Umfrage einzubeziehen, schon früher gefällt. Wegen zwei Bundesratswahlen und einer wichtigen Abstimmung zur Altersvorsorge konnten wir dieses enorm aufwendige Projekt aber nicht früher in Angriff nehmen. Doch lieber spät als nie, denn ohne eine belastbare, demokratisch abgestützte Position in der Umweltpolitik wäre es schlimmer für uns gekommen. Nun konnten wir grössere Wählerverluste verhindern. Wir konnten sogar mehr Neuwähler hinzugewinnen als 2015.

Die Themen Umwelt, Klima und Energie dürften wichtig bleiben. Ist die FDP für 2023 besser aufgestellt? Wir müssen den Menschen in jedem Themenbereich liberale Lösungen bieten. Die Rückbesinnung auf unsere liberale Umweltpolitik ist eine Investition in die Zukunft. Daher ja, wir sind für die Zukunft besser aufgestellt. Sorgen bereitet mir eher das grössere Bild: Mit der Wahl 2019 ist

die Parteienlandschaft noch fragmentierter und polarisierter geworden. Damit wird die Mehrheitsfindung schwieriger. Zudem war nicht gut, dass die Parteien im Umfeld der «grünen Welle» in der öffentlichen Diskussion mit anderen Themen nicht durchdringen konnten.

Sie sagen, es sei schwierig gewesen, im Wahljahr mit anderen Themen als Umwelt und Klima medial durchzudringen. Erfüllen die Medien ihre Rolle noch? Die Frage ist, was mit den Medien als vierte Gewalt im Staat heute passiert. Das ist kein Angriff auf den Journalismus oder eine Kritik an der Arbeit vieler Journalisten, aber es findet eine Strukturveränderung statt. Die Leute lesen weniger Zeitung, hören weniger Nachrichten, schauen weniger «Tagesschau» – insbesondere junge Menschen. Wir als Partei müssen uns fragen, wie wir mit unseren Inhalten wieder die breite Bevölkerung erreichen – auch diejenigen, die sich nicht mehr über die Medien informieren. Nur so kann die Demokratie ihren Zweck erfüllen.

Wohin wollen Sie mit der FDP in den kommenden Jahren? Ich will, dass wir für die grossen Herausforderungen unseres Landes tragfähige Lösungen finden: den Wirtschaftsstandort, die Sozialwerke und das Gesundheitswesen sowie die Umwelt und das Klima. Dazu will ich eine Aufbruchstimmung in unserer Partei wecken. Ich will die liberalen Kämpferinnen und Kämpfer aktivieren. Wir Freisinnige und all unsere Exponenten müssen für unsere Überzeugungen und liberalen Positionen noch klarer hinstehen und kämpfen. In einem Wort: Ich will Aufbruch.

Werden wir konkreter. Altersvorsorge, Gesundheitskosten, Beziehungen zur EU: Es herrschen Reformstau und Blockade. Wie ist es möglich, wieder Bewegung ins System zu bringen? Bei den Sozialwerken und im **Gesundheitswesen** müssen wir einen breiten Konsens finden, wie wir das alles finanzieren. Die Linke sagt auch bei den Gesundheitskosten immer: Der Staat muss zahlen. Was sie damit tatsächlich meint, ist: Die Steuerzahler, wir alle, zahlen das. Die CVP-Initiative taugt nicht viel mehr: Sie benennt zwar ein Problem, aber schlägt absolut keine Lösungen vor. Wir haben 2019 ein erstes Papier vorgelegt entlang der Leitlinie Qualität–Effizienz–Eigenverantwortung. Und wir werden in nächster Zeit nachlegen.

Auch im Bereich der **Altersvorsorge** muss rasch gehandelt werden, und auch hier haben wir Lösungen. Wir müssen endlich die strukturellen Probleme angehen und reinen Wein einschenken. Auch das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir müssen auf Neudeutsch «out of the box» denken und uns nicht vor unbequemen Diskussionen fürchten, genau wie das Philipp Müller gemacht

«Wir Freisinnige müssen für unsere Überzeugungen und liberalen Positionen noch klarer hinstehen und kämpfen. In einem Wort: Ich will Aufbruch.»

hat, als er die Idee der Abschaffung des Rentenalters letzten Herbst vorgebracht hat.

Dann müssen wir uns auch bewusst sein, dass unser Wohlstand in der Schweiz nicht gottgegeben ist. Ein selbstbestimmtes Leben führen kann nur, wer auch einen Job hat. International verdüstert sich die Lage. Wenn wir den **Wirtschaftsstandort** Schweiz stark halten wollen, müssen wir uns um Bildung und Forschung, Aussenhandelspolitik, Migration, moderne Arbeitsplatzmodelle und die Beziehungen zur Europäischen Union kümmern.

Im Bereich **Klima und Umwelt** ist klar: Wir wollen auch in Zukunft eine Lebensgrundlage haben und dürfen nicht Klima, Umweltschutz und Energiebedarf gegeneinander ausspielen. Wir haben unsere Vorschläge präsentiert und werden konsequent weiterarbeiten, um zu verhindern, dass unter dem grünen Vorwand plötzlich rote Rezepte eingeführt werden. Die Grünen wollen erneuerbare Energien, wehren sich aber gegen einen Ausbau der Wasserkraft

oder gegen neue Windräder. Will man die Energiewende, muss man auch ehrlich sein. Oder man gibt einfach zu, dass man zurück in die Steinzeit will.

Die FDP hat 2019 erstmals systematisch und im grossen Stil Door-to-door-Wahlkampf betrieben. Sie waren einige Male selbst unterwegs. Hat sich die Methode ausgezahlt? Wie geht es mit dem Team FDP weiter? Der Haustürwahlkampf steht für das, was ich vorher erwähnte: Aufbruch. Mit den Leuten sprechen. Kämpfen. Wir haben 2019 damit begonnen, aber wir werden das Instrument noch verfeinern und noch breiter einsetzen. Noch sind wir daran, die Analysen zu erstellen. Aber die Rückmeldungen sagen von allen Seiten: Es hat sich gelohnt. Der direkte Kontakt kommt bei der Bevölkerung gut an und erlaubt uns, die Probleme der Menschen besser zu verstehen und schneller zu erkennen. Das deckt sich übrigens völlig mit meinen persönlichen Erfahrungen.



«Ich wünsche mir für die nächsten Jahre einen kämpferischen Freisinn»: Petra Gössi bei ihrer Rede an der DV in Schindellegi SZ.



Problem an der Wurzel packen

Die Initiative der Jungfreisinnigen bietet aus zweierlei Gründen einen echten Ansatz zur Lösung der finanziellen Probleme unseres wichtigsten Sozialwerkes: Zum einen setzt die Initiative auf die schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Damit setzen wir beim entscheidenden Grund für die finanzielle Schieflage des Systems an: Wir werden immer älter. Unser Vorschlag sorgt dafür, dass die unvermeidlichen Zusatzkosten aus der höheren Lebenserwartung fairer auf alle Generationen verteilt werden. Zum anderen bietet die Initiative mit der Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung eine nachhaltige Lösung, weil sie damit zusätzliche – und oftmals wenig weitsichtige – Hauruckübungen zur kurzfristigen Sicherung der strukturellen Finanzierungsprobleme unnötig macht.

Ihre Unterstützung ist wichtig

Unsere Volksinitiative zielt auf die nachhaltige Sicherung unserer Renten ab. Die Unterschriftensammlung verläuft bislang gut. Unsere Mitglieder sind hochmotiviert und regelmässig auf den Strassen und an Veranstaltungen anzutreffen. Es ist sehr zu hoffen, dass unsere Renteninitiative zustande kommt und sich die Bevölkerung mit einer wirklich nachhaltigen Reform der Altersvorsorge auseinandersetzen kann. Dafür sind wir auf ihre wertvolle Unterstützung angewiesen: Unterschreiben Sie noch heute den Initiativbogen. Erklären Sie Freunden und Bekannten, wofür unsere Initiative steht. Setzen wir uns gemeinsam ein für eine langfristig stabile Finanzierung der Altersvorsorge – vielen Dank!

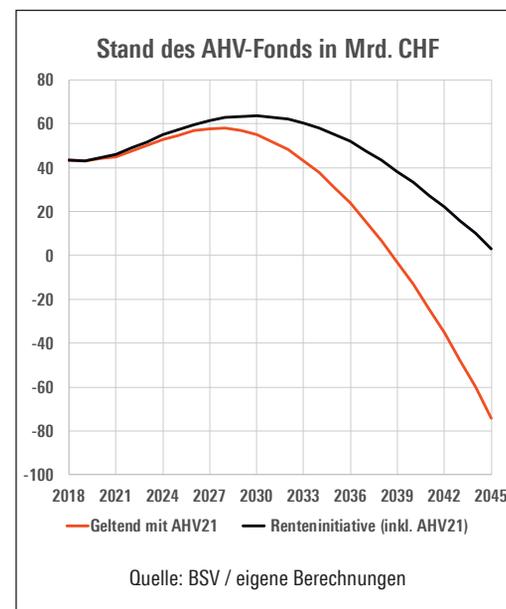
Matthias P.A. Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will mittelfristig das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und langfristig eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Damit sichert sie die Renten der Zukunft.

Ein neues Jahr bietet Anlass, Vorsätze zu fassen, Hoffnungen zu schöpfen, aber auch Wünsche zu verspüren. Mein Neujahrswunsch ist, dass das Jahr 2020 zum Jahr der Altersvorsorge wird. Es ist bekannt: Die Altersvorsorge bleibt laut einer Umfrage der Credit Suisse die grösste Sorge von uns Schweizerinnen und Schweizern. Die Bevölkerung erwartet von der Politik nachhaltige Lösungen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die letzten eidgenössischen Vorlagen – es sei hier an die AHV-plus-Initiative und das Reformpaket «Altersvorsorge 2020» erinnert – an der Urne Schiffbruch erlitten haben. Wir Jungfreisinnige haben bei beiden Vorlagen gemeinsam mit der FDP an vorderster Front für ein Nein gekämpft – und damit Schlimmeres verhindern können. Aber nicht nur das: Es ist uns auch gelungen, insbesondere den Sorgen der jüngeren Generationen gebührend Gehör zu verschaffen.

Die Jungfreisinnigen übernehmen Verantwortung

Die Ausgangslage ist bekannt: Die erste Säule ist seit längerem defizitär. In etwa 20 Jahren geht der AHV das Geld aus (siehe Grafik). Wir müssen sie deshalb reformieren, sodass alle Generationen eine Chance auf eine anständige Rente haben. Wir Jungfreisinnige haben im Bestreben, die Renten der Zukunft langfristig zu sichern, vor gut zweieinhalb Monaten unsere Renteninitiative lanciert. Diese Volksinitiative sieht im Wesentlichen vor, dass das Rentenalter für beide Geschlechter gleich ist. Um die höheren Ausgaben aufgrund der steigenden Lebenserwartung in der AHV zu finanzieren, soll das Rentenalter um jeweils 2 Monate pro Jahr angehoben werden, bis es mittelfristig das Rentenalter 66 erreicht hat. Langfristig soll das Rentenalter sodann an die Lebenserwartung gekoppelt werden.





«Ich begrüsse die Renteninitiative»

Ein Kommentar

Die AHV ist unsere wichtigste Sozialversicherung und gewährleistet eine Grundsicherung im Alter. Ihre Stabilität ist jedoch gefährdet. Zum einen werden wir immer älter und beziehen länger eine Rente. Zum anderen sinkt der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, die die AHV mit Lohnanteilen finanziert. Die jüngere Generation wird damit immer stärker belastet. Die Debatte um die Altersvorsorge 2020 und die Diskussion um die Sanierung der AHV haben jedoch die Jungen für das Problem sensibilisiert. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen zeigt den richtigen Weg auf, wie wir unser Rentensystem an die demografischen Gegebenheiten anpassen können.

Die FDP befürwortet eine dreistufige Reform der AHV: Eine kurzfristige Atempause verschafft ihr die Zusatzfinanzierung, welche mit der Annahme der AHV-Steuervorlage (STAF) beschlossen wurde. Die mittelfristige Sicherung der Finanzierung der AHV muss über die AHV21-Vorlage erfolgen, die der Bundesrat vorgelegt hat, wobei diese im Parlament noch anzupassen ist. Wichtige Elemente sind die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau und eine massvolle Erhöhung der Mehrwertsteuer. Schliesslich muss bis zum Ende der laufenden Legislatur eine strukturelle, d.h. echte Reform der AHV aufgelegt werden. Denkbar sind

die Einführung einer Schuldenbremse in der AHV oder die Anhebung des Rentenalters, um dieses mit der Entwicklung der Lebenserwartung in Einklang zu bringen. Hier setzt die Initiative der Jungfreisinnigen an. Denn wollen wir die AHV nachhaltig

sichern, müssen wir sie den veränderten Gegebenheiten anpassen.

Fundamente geraten ins Wanken

Der demografische Kontext hat sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts radikal verändert. Unsere Lebenserwartung ist von 75,7 (Frauen) bzw. 69,7 Jahren (Männer) im Jahr 1967 auf 85,4 bzw. 81,4 im Jahr 2017 gestiegen. Dies ist erfreulich für uns alle, bedeutet aber auch, dass wir entsprechend länger eine Rente beziehen als noch bei der Einführung der AHV. Aufgrund tieferer Geburtenraten verschlechtert sich zudem das Verhältnis von erwerbstätiger Bevölkerung zu Rentnern. Im Jahr 1948 betrug das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern 6,5:1. Im Jahr 2019 kamen noch 3,4 Erwerbstätige auf einen Rentner, und 2050 werden zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen müssen. Die Generationensolidarität wird damit stark strapaziert. Bereits seit 2014 reichen die jährlichen Zuflüsse nicht mehr aus, um die Ausgaben der AHV zu decken. Geht es so weiter, wird der AHV-Fonds bis 2034 leer sein.

Das Tabu muss fallen

Angesichts dieser Zahlen ist die FDP nicht bereit, die Anhebung des Rentenalters zu tabuisieren. Eine erste Anpassung im Rahmen der AHV21-Reform, mit der Harmonisierung des Rentenalters auf 65 Jahre, ist unerlässlich. Ohne zusätzliche strukturelle Massnahmen wird unser Rentensystem jedoch sein zentrales Versprechen nicht einlösen können. Dass die Jungfreisinnigen mit ihrer Initiative die Diskussion nun lancieren, ist sehr zu begrüßen. Sie zeigen auf, wie das Rentenalter entpolitisiert und an klare Kriterien gebunden werden kann.

Renteninitiative ist begrüßenswert

Eine sichere Altersvorsorge ist eines der wichtigsten Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer. Eine nachhaltige Sanierung der AHV ist deshalb ein Gebot der Stunde. Wer während seines gesamten Erwerbslebens Beiträge leistet, muss auch in Zukunft mit einer angemessenen Rente rechnen können. Die Babyboomer-Generation erreicht jetzt das Rentenalter, und wir stehen an einem Wendepunkt. Ich begrüsse es sehr, dass die Jungfreisinnigen dieses Problem angehen und eine gleichzeitig einfache wie vernünftige Lösung vorschlagen, nämlich das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

«Die Jungfreisinnigen lancieren die längst fällige Diskussion darüber, wie das Rentenalter an klare Kriterien gebunden werden kann.»



BVG-Reform ohne teures Umverteilungsmonster

Reform 2. Säule: Vorschlag Gewerbeverband

Die berufliche Vorsorge muss rasch reformiert werden. Dabei gilt es, die Kosten im Griff zu halten. Und es ist konsequent auf systemfremde Umverteilungen zu verzichten, so der Gewerbeverband.

Der heutige BVG-Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent kostet die Aktiven sehr viel Geld und gefährdet die Vorsorgeeinrichtungen. Eine rasche Senkung ist unumgänglich. Dies führt im BVG-Obligatorium zu sinkenden Renten. Diese Einbusen gilt es zu kompensieren.

Vorschlag des Gewerbeverbandes

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat dem Bundesrat einen Reformvorschlag unterbreitet. Bei jährlichen Mehrkosten von 1,3 Milliarden Franken sieht dieser eine weitgehende Kompensation der Renteneinbusen vor. Auch der Pensionskassenverband ASIP hat ein valables Modell erarbeitet. Die-

ses ist mit Mehrkosten von 2 Milliarden Franken teurer, geht dafür aber auch einen Schritt weiter, indem es eine noch stärkere Senkung des Mindestumwandlungssatzes propagiert.

Zusatzrenten mit der Giesskanne

Leider hat sich der Bundesrat für den mit Abstand teuersten Lösungsansatz entschieden: Über 3 Milliarden Franken jährliche Mehrkosten verursacht das vom Arbeitgeberverband unterstützte Modell der Gewerkschaften. Dieses sieht neben eigentlichen Kompensationsmassnahmen neu monatliche Zusatzrenten von bis zu 200 Franken vor, die nach dem Giesskannenprinzip an alle Neurentner zu verteilen wären. Diese Zusatzrenten würden die Reform gewaltig verteuern und zu einer Sozialisierung der 2. Säule führen. Das bewährte Drei-Säulen-Prinzip würde zerstört.

Junge haben das Nachsehen

Zur Finanzierung der Zusatzrenten müsste ein zusätzliches halbes Lohnprozent eingefordert werden. Das schwächt die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten, mildert unseren Wohlstand und gefährdet Arbeitsplätze. Hauptleidtragende wären erneut die Jungen. Diese müssten das System am längsten mitfinanzieren, erhielten wegen der geforderten degressiven Ausgestaltung der Zusatzrenten später aber bloss noch Brosamen.

Renteninitiative liegt goldrichtig

Eine Umverteilung in der 2. Säule ist systemwidrig. Der soziale Ausgleich soll in unserer Altersvorsorge wie bis anhin über die AHV erfolgen. In der 2. Säule muss dagegen weiterhin das Einlageprinzip gelten. Zusatzrenten stellen einen ersten Schritt in Richtung Einheitskasse oder Volksrente dar und sind daher entschieden abzulehnen. Die berufliche Vorsorge darf nicht zu einer Parallel-AHV umfunktioniert werden.

Langfristig führt kein Weg an einer generellen Erhöhung des Rentenalters vorbei. Die Volksinitiative der Jungfreisinnigen liegt daher goldrichtig.

Hans-Ulrich Bigler

Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Reformvorschläge für die 2. Säule: Das sagt die FDP

Die Sozialpartner wurden 2018 vom Bundesrat beauftragt, gemeinsam einen Reformvorschlag für die 2. Säule zu präsentieren, was die FDP ausdrücklich begrüsst hatte. Leider sind sie sich nicht alle einig. Auf Basis der Mehrheitsvariante von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband hat der Bundesrat vor Weihnachten einen Vorentwurf in die Vernehmlassung geschickt. Die FDP begrüsst weite Teile der vorgeschlagenen Massnahmen, jedoch bestehen beim Kompensationsmodell – dem Rentenzuschlag – Fragezeichen.

Der Vorschlag von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband enthält durchaus positive Elemente. Die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent mildert die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt. Die vorgeschlagenen angeglichenen Altersgutschriften entsprechen dem Modell der FDP, das im Rahmen der parlamentarischen Beratungen der Reform AV2020 von der Mitte-links-Mehrheit abgelehnt worden war. Ältere Arbeit-



Der austarierte Sozialpartnerkompromiss stabilisiert und modernisiert die zweite Säule. Die berufliche Vorsorge braucht diese Reform so rasch als möglich, sagt der Arbeitgeberverband.

Niemand würde das eigene Haus auf Treibsand bauen. Hält der Boden nicht, dann halten auch die stärksten Mauern nicht. Genau dieses Szenario droht der Altersvorsorge im Allgemeinen und der beruflichen Vorsorge im Speziellen, wenn es nicht bald zu Reformen kommt. Wir bauen auf zunehmend morschem Fundament, denn die obligatori-

sche berufliche Vorsorge (BVG) krankt an überhöhten Rentenversprechen.

Kompromiss korrigiert strukturelle Defizite

Um diesem Missstand Einhalt zu gebieten, haben der Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse und der Arbeitgeberverband (SAV) zusammen den Sozial-

nehmende werden dank tieferer Lohnkosten auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr benachteiligt. Für die jüngeren Generationen wiederum bilden die Anhebung der Altersgutschriften und die Senkung des Koordinationsabzugs eine langfristige Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes. Die Senkung des Koordinationsabzugs ist ausserdem ein wichtiger Schritt, damit Personen mit kleinen Arbeitspensen oder tiefen Löhnen von

einer besseren Altersvorsorge profitieren können. Unbestritten ist auch, dass es für alle, die in den nächsten Jahren in die Pension gehen, eine zusätzliche Kompensation braucht.

Keine Kompensation mit der Giesskanne

Dem Kompensationsvorschlag steht die FDP kritisch gegenüber. Die Einführung einer systemwidrigen Umlagekomponente im BVG ist proble-

partnerkompromiss erarbeitet. Der Bundesrat hat kürzlich auf dieser Basis ein Vernehmlassungsverfahren gestartet. Der Kompromiss korrigiert die grössten strukturellen Defizite: Erstens wird das Rentenniveau trotz sofortiger Reduktion des rentenbildenden Mindestumwandlungssatzes auf 6 Prozent gehalten. Dank dieser Senkung wird die Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern deutlich reduziert. Zweitens werden Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und Teilzeitbeschäftigte besser versichert. Davon profitieren besonders Frauen in Form von höheren Renten. Drittens werden ältere Arbeitnehmer dank tieferen Beitragssätzen für die berufliche Vorsorge am Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger.

Gut austarierter Zuschuss

Damit auch bei den unmittelbar nach Inkrafttreten der Reform in Pension gehenden Erwerbstätigen das Rentenniveau gehalten werden kann, braucht es für diese sogenannte Übergangsgeneration einen solidarisch finanzierten Zuschuss. Diesen garantierten Rentenzuschlag erhalten die ersten 15 Jahrgänge. Aus einer bürgerlichen Sicht mag dieses Element störend sein. Doch ermöglicht es nicht nur den Kompromiss, sondern macht die Lösung auch für gewerbliche Branchen finanzierbar. Der Sozialpartnerkompromiss ist mit Kosten von 0,8 Prozent Lohnbeiträgen, die je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden, gut austariert.

Rentaltererhöhung unumgänglich

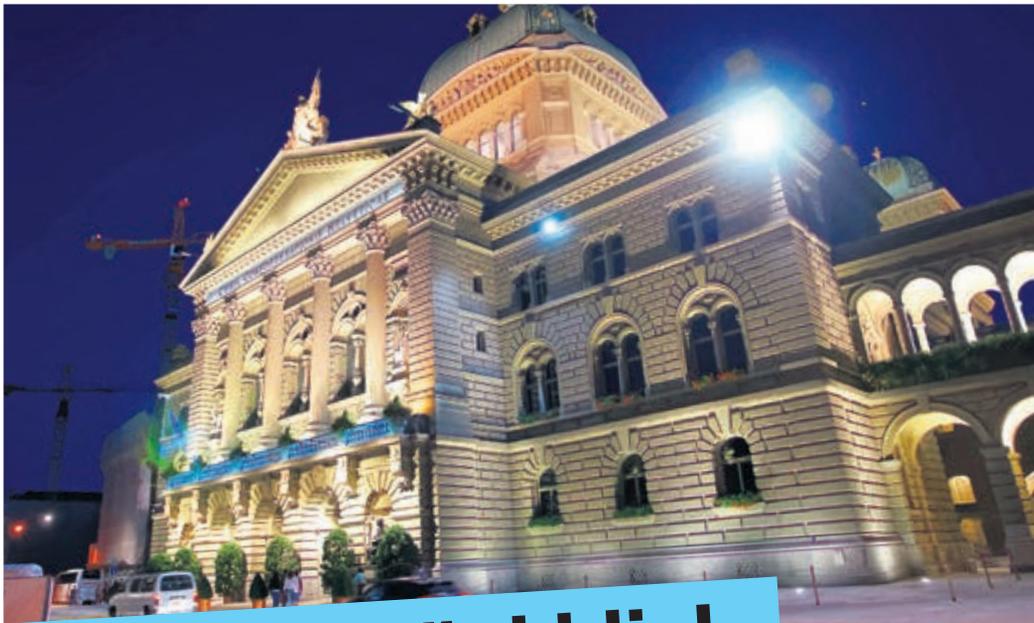
Mit dem Sozialpartnerkompromiss können nicht alle Probleme aus der Welt geschaffen werden. Jedoch wird damit die berufliche Vorsorge wieder auf ein solideres Fundament gestellt. Daneben bleibt eine generelle Rentaltererhöhung, wie sie auch die Jungfreisinnigen mit der Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» fordern, unumgänglich. Richtigerweise findet diese Diskussion aber in der AHV-Debatte statt.

Roland A. Müller

Direktor Arbeitgeberverband

matisch, gerade weil die Kosten für die Kompensation hauptsächlich bei den jungen Generationen anfallen. Die 3. Säule steht bekanntermassen für individuelles Sparen – sie soll nicht die umverteilende Rolle der AHV übernehmen. Der Kompensationsmechanismus darf nicht dem Giesskannenprinzip folgen. Andere Optionen müssen geprüft werden.

Josef Dittli, Ständerat UR



Sessionsrückblick

Die Wintersession 2019 in Kürze

Am Ende der 50. Legislatur musste die FDP-Liberale-Fraktion leider von erfahrenen Mitgliedern Abschied nehmen, freut sich aber auch über neue Gesichter und neue Ideen. Der Tatendrang war während der Wintersession 2019 zu spüren und stimmt mich zuversichtlich für die kommenden vier Jahre, in denen die Schweiz vor sehr grossen Herausforderungen, z. B. bei der Altersvorsorge, der Europapolitik oder beim Klimaschutz, steht. In der parlamentarischen Beratung während der Wintersession konnten wir bei einigen wichtigen Geschäften Fortschritte verzeichnen, die ich Ihnen nachfolgend zusammenfassen möchte.

In der Wintersession 2019 wurden mehrere europapolitische Entscheide mit Signalwirkung gefällt. So markiert erstens der Beschluss zu den Kohäsionszahlungen eine positive Grundhaltung, aber auch einen wichtigen Vorbehalt: Die Kohäsionsgelder dürfen vom Bundesrat nur ausgelöst werden, wenn keine diskriminierenden Massnahmen der EU gegen die Schweiz mehr vorliegen. Die FDP unterstützt dieses Vorgehen.

Zweitens lehnten alle Parteien ausser der SVP in beiden Räten die Begrenzungsinitiative in der Schlussabstimmung klar ab. Die Annahme dieser Kündigungsinitiative hätte aufgrund der Guillotine-Klausel das Ende des erfolgreichen bilateralen Weges zur Folge.

Konkrete Vorstösse für eine freisinnige Umweltpolitik

Die Umsetzung unserer freisinnigen Umwelt- und

Klimapolitik schreitet voran. In den letzten Monaten flossen diverse Forderungen aus unserem Positionspapier erfolgreich in die Totalrevision des CO₂-Gesetzes und in über 30 umweltpolitische Vorstösse ein.

In der Wintersession wurde ein Teil dieser FDP-Vorstösse bereits vom National- oder vom Ständerat angenommen. Darunter beispielsweise ein Vorstoss, um das Potenzial von Fernwärme und Fernkälte zu erschliessen, sowie eine Motion zur vermehrten Verwendung von Recycling-Baustoffen bei Bauprojekten.

Individualbesteuerung statt Heiratsstrafe

Ungleichbehandlungen in der Paar- und Familienbesteuerung wie die Heiratsstrafe gehören abgeschafft. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Vorlage für eine halbherzige Reform der Paar- und Familienbesteuerung zurückgewiesen. Diese

hätte Konkubinatspaare mit Kindern gegenüber Ehepaaren steuerlich benachteiligt. Damit wird der Bundesrat verpflichtet, neue Modelle wie die Individualbesteuerung nochmals zu prüfen, welche die FDP schon lange fordert. Sie ist das einzige Modell, welches ein Paar zivilstandesunabhängig und nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert.

Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Das Parlament sagt Ja zum Kauf neuer Kampfflugzeuge. Der Budgetrahmen soll dafür maximal 6 Milliarden Franken betragen, ohne bereits einen Typentscheid zu fällen. Die Höhe der Kompensation liegt bei 60 Prozent, und rüstungsfremde Industrien sollen ebenfalls von Gegengeschäften profitieren können. Für die FDP ist klar: Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist eine sicherheits-



Beat Walti

politische Notwendigkeit. Es geht um die Verteidigung von Land und Menschen und die Sicherung der Luftraum-Hoheit. Dafür braucht die Schweiz auch in Zukunft leistungsstarke Kampfflugzeuge.

UVI: Kein schädlicher Alleingang

Die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) ist gefährlich. Darum stellte der Bundesrat im vergangenen August einen neuen Ansatz zur Diskussion: Seine Alternative nimmt das Grundanliegen der Initiative auf, setzt aber anstelle eines nationalen Alleinganges auf ein international koordiniertes Vorgehen und übernimmt fortschrittliche Standards europäischer Staaten. Der Ständerat nahm diesen erfolversprechenden Ansatz auf und entschied sich zusammen mit der FDP für diesen indirekten Gegenvorschlag. Nun liegt es am Nationalrat, sich zwischen dieser international kongruenten Lösung oder einem Schweizer Alleingang zu entscheiden.

Beat Walti

Nationalrat ZH und Fraktionspräsident

JA
am 9. Februar



Ja zur Erweiterung der Rassismusstrafnorm

Nein zu Diskriminierung

Am 9. Februar stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Gesetzeserweiterung der Rassismusstrafnorm ab. Diese sieht vor, dass Menschen speziell vor Diskriminierung aufgrund ihrer Ethnie, Rasse und/oder ihrer Religion geschützt werden. Bis jetzt ist die sexuelle Orientierung hierbei nicht mit eingeschlossen. Neu sind öffentliche Äusserungen gegen die sexuelle Orientierung verboten, welche die Menschenwürde auf verletzende Art und Weise herabsetzen. Dadurch wird eine längst überfällige Gesetzeslücke geschlossen.

«Respekt – respect – rispetto»: Nicht umsonst war dies das Motto meines Präsidentschaftsjahrs 2016. Unsere Demokratie lebt vom respektvollen Umgang der Menschen miteinander. Diskriminierung gefährdet das friedliche Zusammenleben und hat in einer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz. Gerade deshalb hat die Schliessung dieser Gesetzeslücke wichtige Signalwirkung für die Grundrechte in der Schweiz.

Probleme nehmen zu

Wer nun zu Gewalt und Hetze gegen hetero-, homo- und bisexuelle Menschen in der Schweiz aufruft, kommt nicht mehr straffrei davon. Heute sind Einzelpersonen vor Diskriminierung geschützt, die Gruppe als Ganzes aber nicht (z. B. «die Homosexuellen»). Homo- und bisexuelle Jugendliche leiden sehr unter homophoben Hass- und Hetzschriften im Netz. Studien der Universität Zü-

rich zeigen, dass zehnmal mehr Homosexuelle mit Suizidgedanken einen Selbsttötungsversuch unternehmen als heterosexuelle Jugendliche. Es darf nicht sein, dass in den sozialen Medien straffrei zu Gewalt gegen Schwule und Lesben aufgerufen werden darf. Ein Ja an der Urne ist deshalb wichtig, um gegen Gewalt und Hetze vorzugehen.

Meinungsfreiheit nicht gefährdet

Die Meinungsäusserungsfreiheit darf nicht als Deckmantel für Hass und Hetze dienen. Denn die Verbreitung von Hass im Internet ist keine Meinung. Die Erweiterung der Rassismusstrafnorm ist deshalb sehr zielgerichtet und wirkt nur im öffentlichen Raum. Die Meinungsfreiheit wird mit dem neuen Gesetz nicht eingeschränkt, wie das fälschlicherweise behauptet wird.



Christa Markwalder

Auch weiterhin nicht strafbar sind diskriminierende Äusserungen im privaten Rahmen, wie an Stammtischgesprächen oder an Debatten im Familien- und Freundeskreis. Zusätzlich fallen provokative öffentliche Bemerkungen, Witze und Karikaturen nicht unter die zu erweiternden Straftatbestände, solange die Menschenwürde nicht krass herabgesetzt wird. Der Antidiskriminierungsartikel greift erst, wenn im öffentlichen Raum Hetze und Hass verbreitet und geschürt wird. So bleibt auch die Glaubensfreiheit unangetastet und wird nicht eingeschränkt.

Gesetzeslücke schliessen

Bundesrat und Parlament sprechen sich deshalb klar für die Gesetzeserweiterung und für die Schliessung der Gesetzeslücke aus. Darum stimmen auch Sie am 9. Februar Ja zur Erweiterung der Rassismusstrafnorm.

Christa Markwalder, Nationalrätin BE

NEIN

am 9. Februar



Nein zum Quotenwahnsinn

Nein zur Mieterverbandsinitiative

Am 9. Februar stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Die Initiative sieht eine starre 10-Prozent-Quote von gemeinnützigen Wohnungen vor. Das würde viel kosten, löst aber die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht.

Die Idee des Initiativkomitees ist, erschwinglichen Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen in allen Regionen der Schweiz zugänglich zu machen. Die Initiative schiesst mit der 10-Prozent-Quote aber am angestrebten Ziel vorbei. Abgekoppelt von Angebot und Nachfrage, soll die Quote im luftleeren Raum schweben und ein fixes Kontingent voraussetzen. Es ist illusorisch, zu glauben, durch eine starre Quote könne dem Problem einer sich ständig ändernden Wohnungsnachfrage begegnet werden. Die Initiative kostet nur viel und löst die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht.

Sinnvoller Gegenvorschlag

Die Volksinitiative schrammt an der angestrebten Lösung vorbei. Es ist ein völlig untauglicher Weg. Zudem hat der Bundesrat das Problem des lokal teuren Wohnraums bereits in Angriff genommen. Er hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher bei einem Nein an der Urne sogleich ausgelöst wird: Das bestehende und bewährte Gefäss zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauten (Fonds de Roulement) wird mit 250 Millionen Franken aufgestockt. So werden über einen Zeitraum von zehn

Jahren zusätzlich 25 Millionen Franken pro Jahr für den gemeinnützigen Wohnungsbau eingesetzt. Ohne den Markt komplett umzukrempeln, wird so das bestehende Miteinander von gemeinnützigem Wohnraum und privatem Bauen gefördert. Ein grösserer Eingriff in den Markt ist von Seiten des Staates so nicht nötig.

Föderalismus funktioniert besser

Der indirekte Gegenvorschlag hat verschiedene Vorteile: Der Gegenvorschlag folgt keiner starren Quote. Ein fixer Faktor birgt viele potenzielle Gefahren. Zum einen ist er nicht an die vorherrschenden Gegebenheiten wie Wohnungsangebot und -nachfrage gekoppelt. Zum anderen kann die starre Quote von 10 Prozent nicht flexibel und rasch auf die momen-

tan herrschende Situation auf dem Wohnungsmarkt reagieren. Denn der Wohnungsmarkt unterscheidet sich nicht nur von Kanton zu Kanton sehr stark: Auch kantonsintern zwischen den Gemeinden bestehen grosse Unterschiede bei Angebot und Nachfrage nach Wohnungen. Zu glauben, ein dynamisches und sich ständig veränderndes Problem im Wohnungsmarkt sei mit einer starren Quote zu bekämpfen, ist Augenwischerei. Mit dem indirekten Gegenvorschlag bleibt unser Staatensystem föderal und wird nicht zu einem zentralistischen Konstrukt, bei welchem der Bund sich überall einmischt. Die Kantone und die Gemeinden wissen genau, wo der Schuh bei ihnen drückt. Deshalb können sie selber



Marcel Dobler

besser einschätzen, wie viel gemeinnützigen Wohnraum sie benötigen. In diversen Städten wird so auch die 10-Prozent-Schwelle bereits heute erreicht.

Ziel verfehlt

Schaut man die Volksinitiative somit nüchtern an, thematisiert die Initiative ein reales Problem, führt aber in die falsche Richtung. Die Umsetzung verfehlt das Ziel und führt zu Zentralismus. Der Bundesrat stellt dem Anliegen mit dem indirekten Gegenvorschlag das richtige Rezept entgegen. Darum sollten Sie am 9. Februar ein NEIN zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» an der Urne einlegen.

Marcel Dobler, Nationalrat SG

«Kantone und Gemeinden können viel besser einschätzen, wie viel gemeinnützigen Wohnraum sie benötigen.»

NEIN
am 9. Februar



Wohnbauinitiative

Nein zur Mieterverbandsinitiative

Schweizweit standen letztes Jahr über 75 000 Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt leer (Zahl steigend). Trotz dieser Sachlage hat der Mieterverband Schweiz im Jahr 2015 zusammen mit dem Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), der SP Schweiz und den Grünen die nationale Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», welche am 9. Februar 2020 vors Volk kommt, lanciert. Die Initiative hat zum Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum schweizweit zu erhöhen.

Die Initianten wollen mit dieser Initiative das Angebot an preisgünstigem Wohnbau erhöhen. Dies, indem der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen dafür sorgen soll, dass mindestens 10 Prozent aller Neubauten im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind.

Leerwohnungsstände in Kantonen und Gemeinden völlig verschieden

Doch wie angespannt ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt in der Schweiz wirklich, und wie spiegelt sich dies in Zahlen wider? Vergleicht man die Entwicklung der Leerwohnungsbestände in den letzten 35 Jahren miteinander, sieht man gut, dass in den letzten 20 Jahren in der Schweiz noch nie so viele Wohnungen leer standen wie heute (über 75 000).

10-Prozent-Quote in den Städten überschritten

Heute stellt die Wohnungssuche nur in den Gross-

städten (wie Genf, Basel und Zürich) eine Herausforderung dar. Jedoch besitzen diese grossen Städte bereits eine eigenständige Wohnpolitik, um bezahlbare Wohnungen zu gewährleisten und zur Verfügung zu stellen. In Zürich sind sogar schon über 25 Prozent der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Wohnbauträger – die 10-Prozent-Quote wäre hier somit längst überschritten.

Zudem wird das sozialpolitische Ziel des gemeinnützigen Wohnungsbaus schon heute massiv verfehlt, denn nur ein Viertel der Genossenschafter gehört zu den ärmsten 20 Prozent, die eine vergünstigte Wohnung am nötigsten hätten. Die Wohnun-

gen gemeinnütziger Wohnbauträger sollten aber «wirtschaftlich oder sozial benachteiligten Personen» zugutekommen – so ist es im Wohnraumförderungsgesetz bestimmt. Die Genossenschaften halten sich bei der Vergabe jedoch nur sehr bedingt an diese Vorgabe.

Eine Viertelmilliarde Franken bei der Ablehnung der Initiative für gemeinnützigen Wohnungsbau

Niemand wird sich gegen bezahlbaren Wohnraum wehren wollen, somit ist das Problem sicherlich nicht das Ziel: denn der gemeinnützige Wohnungsbau ist in der Schweiz breit verankert und wird national, kantonal und kommunal bereits heute stark



Amélie Evard

gefördert. Dies wird auch in Zukunft weiterhin so gehandhabt: Das Parlament hat nämlich im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags beschlossen, den gemeinnützigen Wohnungsbau sogar zusätzlich mit einer Viertelmilliarde Franken weiterhin zu fördern, falls die Initiative nicht angenommen wird. Von einem Ja profitieren lediglich diejenigen, die eine Wohnung in einer Genossenschaft wünschen und erhalten. Alle anderen bezahlen die Folgen, die die Initiative verursacht, mit ihren Steuergeldern.

Aus diesen und noch weiteren Gründen empfehle ich Ihnen (analog allen bürgerlichen Parteien und Mitteparteien sowie der Bundesrat) ein Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen».

Amélie Evard, Master-Mentee, Stadträtin Nidau (Stadtratspräsidentin 2019) sowie Sektionspräsidentin, Kanton Bern

«Nur ein Viertel der Genossenschafter gehört zu den ärmsten 20 Prozent.»



Es herrscht Aufbruchstimmung

Delegiertenversammlung in Schindellegi SZ

Die Delegierten haben an ihrer ersten Versammlung des Jahres in Schindellegi den Wunsch nach einem liberalen Aufbruch bekräftigt und drei Parolen gefasst.

Die neue Legislatur wird eine grosse Herausforderung. Die SP und Grünen liefern sich ein Rennen, wer den reineren Sozialismus predigt. Die neugruppierte Mitte um die CVP wird ihre Fahne noch stärker in den Wind hängen und damit zu einer unberechenbaren Kraft werden, befreit von eigenen Werten. Von den konservativen Kräften ist nach wie vor mehr Klamauk anstelle von sinnvollen Lösungen zu erwarten. In diesem Umfeld muss die FDP kämpferischer werden.

Wie Petra Gössi in ihrer Rede betonte, müssen wir sicherstellen, dass alle Menschen eine Arbeitsstelle haben und ihr Leben selbstbestimmt führen können. Bei den Sozialwerken und im Gesundheitswesen wollen wir endlich für eine Deblockade

sorgen. Und in der Umwelt- und Klimapolitik gilt es zu verhindern, dass unter dem Vorwand grüner Anliegen rote Rezepte eingeführt werden. Neben dem Fokus auf diese Themenbereiche wollen wir uns als Partei auch strukturell weiterentwickeln und etwa die Meinung unserer Basis direkter in den verschiedenen Organen miteinbeziehen.

Delegierte wollen Unterschriftensammlung der Renteninitiative unterstützen

Die rund 330 Delegierten beschlossen ohne Gegenstimme, die Unterschriftensammlung für die Renteninitiative der Jungfreisinnigen zu unterstützen. Zwar bedeutet dies nicht automatisch eine Ja-Parole, denn die inhaltliche Positionierung erfolgt erst

später. Doch der Entscheid passt zur Resolution zur Altersvorsorge vom Mai 2019.

Parolen für die kommenden Abstimmungen, Nein zur Kündigungsinitiative

Die Delegierten haben auch über die bevorstehende Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 diskutiert. Sie sagen Ja zur Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm und Nein zur Wohnbauinitiative des Mieterverbands. Schliesslich hat die Versammlung auch sehr deutlich die Nein-Parole zur Kündigungsinitiative gefasst, über die die Stimmbevölkerung später in diesem Jahr abstimmen wird. Es handelt sich ohne Zweifel um eine Bilateralen-Kündigungs-Initiative, denn ein Ja wäre nicht nur das Ende des Freizügigkeitsabkommens, sondern aller sieben Verträge der Bilateralen I. Sie sind jedoch von grösster wirtschaftlicher Bedeutung und ein wichtiger Grund für den Wohlstand der Schweizerinnen und Schweizer.

Sie finden die Bildergalerie der Versammlung auf www.fdp.ch oder indem Sie das Bild mit der XTEND-App scannen.





Sieben Tage, um das Leben umzustellen

Maja Riniker stellt sich vor

1995, vor 25 Jahren, stand Maja Riniker als Teilnehmerin der Jugendsession zum ersten Mal am Rednerpult im Nationalratssaal und wünschte sich schon damals, eines Tages in diesen Saal zurückzukehren – nun ist sie Nationalrätin.

Aufgewachsen bin ich zusammen mit zwei Geschwistern in Lenzburg. Nach dem KV mit Berufsmaturität habe ich an der Fachhochschule Betriebsökonomie studiert. Heute wohne ich zusammen mit meinem Mann und unseren drei Kindern (12, 10 und 9 Jahre) in Suhr bei Aarau. Im Teilzeitpensum bin ich für die Finanzen einer Gruppenarztpraxis zuständig, im Vorstand vom HEV Aarau Kulm sowie als Verwaltungsrätin einer Regionalbank engagiert.

Früh Verantwortung übernommen

Als Klassensprecherin an der Schule, als FH-Studentenvertreterin sowie als Pfadileiterin übernahm ich schon im jungen Alter Verantwortung. All diese Erlebnisse haben mich darin bestärkt, mich für Gesellschaft und Politik zu engagieren. Unser von der Miliz geprägtes Land braucht engagierte Bür-

ger, ob nun in den unzähligen Vereinen, der Feuerwehr oder auch in der Politik. Nach acht Jahren als Schulpfleglerin durfte ich von 2014 bis 2019 als Grossrätin im Kanton Aargau politisch tätig sein.

Tür-zu-Tür-Wahlkampf als Erlebnis

Der Wahlkampf 2019 war eine intensive, aber durchwegs positive Erfahrung. Ich erinnere mich sehr gut an den Samstagmorgen im Mai, als ich zum ersten Mal an einer Tür-zu-Tür-Aktion teilnahm. Mein Gefühl war zunächst nicht sehr positiv und ich wäre gern im Bett geblieben. Die äusserst guten Reaktionen und Gespräche mit der Bevölkerung haben aber alle Zweifel in den Wind geschlagen. Im Gegenteil: Am Schluss des Wahlkampfes, nach über zehn Tür-zu-Tür-Einsätzen, war ich sogar etwas wehmütig, dass diese Phase nun zu Ende ging. Im Aargau waren wir Kandidaten an unzähl-

Maja Riniker bei der Arbeit, damals noch im Aargauer Grossen Rat.

gen Standaktionen präsent, und dank eines tollen Wahlteams habe ich den Wahlkampf mit viel Unterstützung positiv erlebt. Als Highlight habe ich mit drei «Maja-Wettbewerbsgewinnern» im September bei wunderbarem Wetter eine Ballonfahrt über den Kanton unternommen.

Für eine moderne Armee

Nachdem Thierry Burkart am 24. November 2019 in den Ständerat gewählt worden war, war klar, dass ich den frei werdenden Sitz im Nationalrat übernehmen darf. Ich hatte sieben Tage Zeit, das Leben umzustellen, und bin am 2. Dezember als Nationalrätin vereidigt worden. Glücklicherweise darf ich in meiner Wunschkommission SIK (Sicherheitspolitische Kommission) Einsitz nehmen. Denn unser hochentwickeltes Land ist angreifbar. Und die Sicherheit muss uns etwas wert sein. Zur Abwehr äusserer Bedrohungen ist eine moderne Armee zentral. Sie braucht ausreichend Mittel, um uns schützen zu können. Ich befürworte die An-



Maja Riniker erlebte den Wahlkampf positiv – insbesondere auch wegen des Haustürwahlkampfes.

schaftung neuer Kampfflugzeuge. Auch gegen moderne Gefährdungen wie Cyberrisiken braucht unser Land gute Abwehrdispositive. Wir kennen bisher auch kaum Gefährdungen der Sicherheit im eigenen Land. Das kann rasch ändern. Darum muss die innere Sicherheit langfristig gewährleistet bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass es uns weiterhin wohl ist in der Schweiz; dazu gehört gegenseitige Toleranz, die keine Einbahnstrasse sein darf. Intoleranz gegenüber unserem Rechts- und Wertesystem ist für mich inakzeptabel.

Maja Riniker, Nationalrätin AG



Zukunft gestalten

Johanna Gapany stellt sich vor

Aus dem Fribourger Grossrat schaffte Johanna Gapany mit gerade 31 Jahren in einer spektakulären Art und Weise die Wahl in den Ständerat. Im Porträt erzählt sie, wofür sie kämpft und welche Gefühle sie beim Eintreten in die Hallen des Bundeshauses verspürt hat.

Ich bin im Kanton Fribourg geboren und lebe dort seit 31 Jahren. Nach dem Studium in Betriebsökonomie war ich schnell in das politische Leben meiner Stadt Bulle, zuerst als General-, dann als Gemeinderätin, eingebunden. Anschliessend wurde ich in den Grossen Rat berufen, und am 10. November wählte mich die Bevölkerung von Fribourg zur Ständerätin.

Direkter Kontakt mit den Bürgern

Den Wahlkampf für den Ständerat empfand ich als sehr anspruchsvoll. Ich konnte viele wertvolle Erfahrungen machen und mein eigenes Netzwerk stärken. Ich mag die Menschen und habe es sehr geschätzt, Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Kanton zu treffen. In meinem Programm habe ich versucht, den Menschen pragmatische Lösungen für die je nach Region unterschiedlichen Realitäten vorzuschlagen. Dann suchte ich den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, um mich über ihre Sorgen auszutauschen. Schliesslich habe ich die Debatten mit meinen Gegnern erlebt. Das

war harte Arbeit, aber mit etwas Übung wurde es zu einer extrem interessanten Erfahrung.

Kämpfen für Wahlfreiheit

Mich treibt der Wunsch an, die Welt, in der ich lebe, zu verstehen. Ich habe das Glück, in einem Land geboren zu sein, welches mir die Freiheit gab, zu wählen, was ich aus meinem Leben machen möchte. Diese Wahlfreiheit möchte ich auch den zukünftigen Generationen ermöglichen – dafür müssen wir kämpfen. Wir treffen heute die Entscheidungen, die morgen unsere Zukunft gestalten und die es den künftigen Generationen ermöglichen sollen, einmal ebenso gute, wenn nicht sogar bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen vorzufinden als wir heute.

Meine Prioritäten

Besonders wichtig ist mir, dass unsere Gesetze den sich verändernden Realitäten angepasst werden: So brauchen wir dringend eine Reform der Altersvorsorge, die sich an den heutigen sozialen und wirt-

schaftlichen Lebensumständen orientiert und die die Solidarität zwischen den Generationen wirklich respektiert. Die jungen Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Altersvorsorge eines Tages auch für sie da ist und ihnen den Ruhestand ermöglicht. Wird dieses Versprechen nicht eingehalten, kommt das gesamte System aus dem Gleichgewicht.

Wenn ich von der Anpassung der Gesetze an die Realität spreche, denke ich dabei auch an die Besteuerung. Im Steuersystem besteht heute eine sehr «klassische» Vorstellung der Familie, obschon es viele Familienformen gibt. Die Individualbesteuerung würde alle gleich behandeln und wäre ein moderneres und gerechteres System.



Johanna Gapany: «Wir treffen heute Entscheidungen, die mogen unsere Zukunft gestalten.»

Gleichzeitig sind wir die Generation, die mit der Digitalisierung aufgewachsen ist und ihre Chancen sieht. Diese Chancen gilt es zu nutzen: wie in der Medizin, wo die elektronische Dokumentenverarbeitung Effizienz fördert oder bei der Mobilität, wo Digitalisierung ermöglicht, verschiedene Verkehrsträger auf einer Plattform zusammenzuführen und mit den vorhandenen Informationen die Bürger bei der Wahl der Verkehrsträger zu unterstützen.

Die erste Session

Meine erste Session hat mir nun zunächst die Gelegenheit gegeben, meine Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion und im Ständerat kennen zu lernen. Ich habe darauf geachtet, so viel Zeit wie möglich im Bundeshaus zu verbringen, um Kontakte herzustellen und zu verstehen, wie das Leben als Parlamentarier verläuft.

Als leidenschaftliche Politikerin muss ich zugeben, dass der Einzug ins Bundeshaus in mir starke Emotionen ausgelöst hat: Es mischten sich das ernste Gefühl der mit meinem Amt einhergehenden Verantwortung, die Begeisterung, unserem Land dienen zu dürfen, und die Genugtuung, nach einer Zeit intensiver Arbeit «angekommen» zu sein.

Johanna Gapany, Ständerätin FR

Die Neugewählten stellen sich vor



Bildung und Brückenschlag

Matthias Michel stellt sich vor

Klassisch und doch nicht, so die politische Karriere von Matthias Michel: Nach seiner 16-jährigen Tätigkeit als Zuger Regierungsrat erlebte er ein Zwischenjahr in der Kombination von Sprachaufenthalt, Velotour durch Italien, Hausmann und Wahlkämpfer. Nun ist er seit letzter Session im «goldenen Haus», der Bezeichnung seiner vier Kinder für das Bundeshaus.

In der Tat ist meine Familie mit meinem politischen Werdegang gewachsen, und die familiäre Verankerung ist mir wichtig. Das reflektiert sich auch in Kommentaren von Kindern. Nach meiner ersten Wahl in den Regierungsrat frohlockte unser damals sechsjähriger Sohn: Jetzt sei ich einer «wie der Herr Fiechter» (der Abwart unseres Dorfschulhauses), da ich «Chef der Schule» bzw. Bildungsdirektor wurde. Vier Jahre später wurde ich in den Augen der Kinder «Chef der Busse», da konnten sie sich mehr darunter vorstellen als unter «Volkswirtschaftsdirektor».

Gesamtheitliche Wirtschafts- und Innovationspolitik

Sowohl als Bildungs- wie auch als Volkswirtschaftsdirektor trug ich im Kanton die politische Verant-

wortung für die Bereiche Bildung, Wirtschaft, öffentlicher Verkehr, Landwirtschaft und Sozialversicherungen. Dadurch wurde mein gesamtheitliches Verständnis von Wirtschaftspolitik geprägt, das auch soziale und ökologische Anliegen beinhaltet. Gerade die Bildung ist für unser Land in wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht ein elementarer Pfeiler. Abgesehen davon ist die Berufsbildung mit der Verbundpartnerschaft das bedeutendste Zusammenarbeitsfeld von Wirtschaft und Staat.

Bildung und Forschung sind auch Voraussetzungen für Innovation, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft und damit auch von Staat und Wirtschaft entsteht. Die positiven Zuger Erfahrungen dieses Zusammenwirkens von öffentlichen und privaten Trägern möchte ich auch auf Bundes-

ebene einbringen. Das jüngste Beispiel ist der Innovationspark Zentralschweiz mit seiner Trägerschaft aus Unternehmen, Kantonen und Hochschule. Hier trug ich mitentscheidende Verantwortung.

Brückenschlag in den Rest der Schweiz

Es gehört wohl zur Eigenart eines kleinen Kantons wie Zug, dass man sich verstärkt mit seinen Nachbarn austauscht und gemeinsame Interessen sucht. Zug war schon seit jeher ein Brückenkanton und wurde im Jahr 1352 weniger aus eigenem Willen, sondern vielmehr zwecks Schaffung eines Binnenmarkts zwischen Zürich und Luzern von diesen regelrecht zum Bund gezwungen. Meinerseits schlug ich freiwillig Brücken und arbeitete von Anfang an an der Schaffung der Metropolankonferenz Zürich mit. Sodann führte ich unseren Kanton in die Standortpromotion «Greater Zurich Area». Aktiv war ich sodann in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und in der Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs als deren Präsident.



Matthias Michel war bei seinen Kindern als Regierungsrat «Chef der Busse».

Brückenbauer im Ständerat

Meine erste Session in Bern habe ich dazu genutzt, über die Partei-, Kantons- und Sprachgrenzen hinaus Kontakte zu knüpfen. Unterstützend wirkt bereits mein Sitzplatz bei den drei Westschweizer FDP-Ratsmitgliedern, mit denen ich mich gerne in beiden Sprachen austausche. Inhaltlich möchte ich als Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur mithelfen, dass die Schweiz innovativ und stark bleibt und dass sich konkret das Berufsbildungssystem entsprechend den Herausforderungen der Zukunft entwickelt. Mein Interesse und meine Erfahrung für Aussenbeziehungen – bisher interkantonal, neu international – bringe ich gerne in die Aussenpolitische Kommission ein.

Matthias Michel, Ständerat ZG

In eigener Sache

Neuwahlen Parteivorstand

Statutengemäss werden der Präsident bzw. die Präsidentin samt den Vizepräsidenten und den Beisitzern an der zweiten DV im Jahr nach den Wahlen gewählt respektive im Amt bestätigt. Die Delegiertenversammlung vom 4. April 2020 wird die Wie-

derwahl der Präsidentin sowie die Wahl der Vizepräsidenten und Beisitzer vornehmen.

Alle Informationen finden Sie auf unserer Website: www.fdp.ch

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

9. FEBRUAR 2020

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»
(Mieterverbandsinitiative)



JA

9. FEBRUAR 2020

Änderung des Strafgesetzbuches und des
Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf
zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind
jetzt mehr als Bilder –
lassen Sie sie lebendig werden!



- 1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3 Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

AGENDA

9. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. April

Delegiertenversammlung in Biel

17. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

27. Juni

Delegiertenversammlung

27. September

Eidgenössische Volksabstimmung

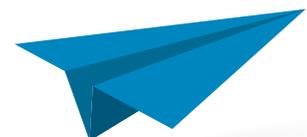
31. Oktober

Delegiertenversammlung

29. November

Eidgenössische Volksabstimmung

FDP
Die Liberalen



Jetzt Newsletter abonnieren

Dieses Bild scannen und los gehts.

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

CH Regionalmedien AG | www.chregionalmedien.ch

Druck:

CH Media Print AG | www.chmediaprint.ch

NEIN

**zur Verstaatlichung des
Wohnungsmarkts**



**Mieterverbands-
initiative**

NEIN

9. Februar 2020

mieterverbands-initiative-nein.ch